Wegweisung Asylsuchender ins Ungewisse

Nach Nichteintretensentscheid "verschwinden" die meisten

Marianne von Arx-Wegner

Seit dem 1. April müssen Menschen, auf deren Asylgesuch die Behörden nicht eingetreten sind, die Schweiz sofort verlassen und erhalten keine Fürsorge mehr. Die meisten Hilfswerke sehen es nicht als ihre Aufgabe an, in die Lücke zu springen. Bisher haben nur wenige Betroffene bei Sozialämtern um Nothilfe ersucht. Sie haben stets mit der Ausschaffung zu rechnen. In Gesprächen zeigt sich, wie sie ihre Lage empfinden.

Der Neubau der Empfangsstelle des Bundesamtes für Flüchtlinge (BfF) nahe der deutschen Grenze in Kreuzlingen ist im Sommer 2002 bezogen worden. Der deutsche Zöllner kennt die Empfangsstelle nicht, aber der schweizerische erklärt: "Sie sehen dann einen Betonklotz . . ." Und ein solcher ist er denn auch, anonym, zweckmässig, streng bewacht. Es können 300 Asylsuchende aufgenommen werden, zurzeit sind um die 90 hier. Soeben wird ein Bewohner von einem Securitas-Angestellten nach Waffen oder Alkohol abgetastet, bevor er eintreten darf. Eine, zwei Wochen bleiben die Menschen hier, schlafen in grossen, hellen Massenlagern, haben Duschen und Stehtoiletten zur Verfügung. Peinlich sauber wirkt alles, die Asylbewerber haben bei allen Hausarbeiten zu helfen. Im begrünten Innenhof halten sich Männer, Frauen, Kinder verschiedener Hautfarbe auf. Ein Spielplatz ist vorhanden.

Keine Papiere

Seit dem 1. April sind Asylsuchende, auf deren Gesuch nicht eingetreten worden ist, von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Sie werden nicht mehr einem Kanton zugewiesen. Der Bund hofft, dass sie unter solchen Bedingungen sehr rasch die Schweiz verlassen. In den Empfangsstellen (in Kreuzlingen, Basel, Vallorbe und Chiasso) werden laufend solche Nichteintretensentscheide gefällt. - Wir haben mit fünf betroffenen jungen Männern gesprochen. Sie stammen nach eigenen Angaben aus Sierra Leone, dem Sudan, Nigeria, Pakistan und Algerien. Sie sind völlig verzweifelt. Sie haben keine Ausweispapiere, was aber nicht unbedingt heisst, sie hätten sie weggeworfen. Es ist auch möglich, dass Schlepper die Papiere behändigen. Anderseits wurden in der Empfangsstelle auch schon versteckte Pässe gefunden.

Wege ohne Perspektiven

Der Englisch sprechende Mann aus Sierra Leone meint: "Papiere - woher hätte ich Papiere nehmen sollen?" Er sei völlig allein hier, kenne niemanden. Er sei der einzige Sohn seiner Eltern. Als Rebell wollte er sich gegen die Regierung wenden. Er ist Christ, habe bei Missionaren gelernt. Innert der Frist von fünf Tagen nach dem Nichteintretensentscheid hat er Rekurs erhoben und wartet nun fünf Tage auf die Antwort. Ohne Hoffnung. Er könne nachts nicht schlafen, er sei krank, das Herz schmerze, im Kopf hämmere es. "Meine Zukunft ist der Tod." Wenn er in der Schweiz wenigstens im Gefängnis leben könnte, er würde sehr gerne dorthin gehen. "Wenn Sie diese Türe öffnen, wohin soll ich gehen?" ein Schicksalsgenosse aus dem Sudan, auch er einst in der Obhut von Missionaren, ist ebenso verzweifelt. Die Reise hierher, eine Woche versteckt in einem Camion, sei schrecklich gewesen. Nun wird der Mann aus Nigeria zum Arzt oder vielmehr zu einem Betreuer mit pflegerischen Kenntnissen gerufen. Er hat eine Wunde an der Schulter, er sei, sagt er, miss-

handelt worden, was man ihm aber nicht glaube. Der Pakistaner hat zu viel erlebt und auch erlitten, als dass es nachvollzogen werden kann. Wenn seine Angaben auch nur zu einem kleinen Teil wahr sind, hat er mehr als genug durchgemacht. Eine Odyssee führte ihn durch viele Länder. Er löste sich von einer politischen Gruppierung, deren Anhänger ihn hierauf umbringen wollten - sie töteten seine zwei Brüder. Er wurde immer wieder gefoltert.

Auch der Algerier erhielt weder in Frankreich noch in Luxemburg oder Italien Asyl. Er beklagt sich, er wisse nicht, was in der Welt geschehe, das Radio hier sende ausschliesslich Popmusik. Die Bewacher seien aggressiv, aggressiver als in andern Ländern. (Vom Leiter der Empfangsstelle ist nachher zu vernehmen, eine gewisse Disziplin werde von den Bewohnern verlangt, sonst könne der Betrieb nicht funktionieren.) Man werde hier zu Hausarbeiten angehalten, als Gegenleistung sozusagen für ein paar Tage Essen und Schlafen. Überall, wo man abgeschoben werde, höre man, die Schweiz sei das gelobte Land. Einige unter ihnen hätten den Schleppern ein Vermögen zahlen müssen, 8000 Dollar etwa - für nichts. Das gelobte Land bleibt ihnen verschlossen. Sie haben alles hergegeben. Nun sollen sie wieder dorthin, woher sie kamen.

Prekäre Auffangstationen

Die international organisierten Steiler Missionsschwestern in Kreuzlingen, die vom Bundesamt für Flüchtlinge beauftragt worden sind, in der Empfangsstelle seelsorgerisch zu wirken, sehen die weggewiesenen Asylsuchenden am Bahnhof und sprechen mit ihnen. Die Menschen seien wütend, aggressiv, dass man ihnen das angetan habe. Sie besitzen nichts ausser vielleicht einem T-Shirt in einem Sack. Sie stehen vor dem Nichts. Die Schwestern sinnieren, wie sie ihnen helfen könnten. Sie beobachten, dass die meisten mit einem für einen Tag gültigen Bahnbillett nach Zürich reisen. (Bei der Asylorganisation Zürich weiss man allerdings von keinen Menschen mit Nichteintretensentscheid, die vorgesprochen hätten, auch die Bahnhofhilfe im Hauptbahnhof hat nichts von ihnen zu berichten. Zürich ist bekannt als Stadt, in der man illegal überleben kann.) Zu den Schwestern sagen sie, sie möchten lieber hier sterben als wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren oder in ein entsetzliches Flüchtlingslager. Am Ostermontag, erzählt Schwester Mirjam, sassen zwei Roma, ein Mann und eine Frau, die ausreisen sollten, vor der Kreuzlinger Wohnstätte der Schwestern. Diese zahlten ihnen ein Hotelzimmer, wo sie schlafen konnten. Manchmal sage jemand unter den Betroffenen: "Gott hat mich hierher gebracht. Ich bleibe."

Eine Zuflucht bietet zum Beispiel die von der Kirche unterstützte Passantenhilfe der Heilsarmee in Bern, die berät, vermittelt oder Geld gibt. "Bei uns wird niemand abgewiesen", sagt der Leiter, Seev Levy. "Wir sind ein letztes Auffangnetz. Wir schenken allen Menschen auf Vorschuss Vertrauen." Vor einiger Zeit kam zur Passantenhilfe von der Empfangsstelle Kreuzlingen her ein Angolaner mit einem Nichteintretensentscheid. Sein Vater, gab er an, sei Mitglied einer Untergrundorganisation. Der Mann, so berichtet Seev Levy, schien in grosser Bedrängnis zu sein. Er gab ihm einen Gutschein für ein Zugbillett nach Mülhausen und riet ihm, sich nicht in grossen Städten aufzuhalten, um einer Verhaftung zu entgehen. Er gab ihm auch Adressen von Orten, wo er schlafen und essen könne.

Aussicht auf Nothilfe - und auf Haft

Mehrere Hilfswerke wollen sich mit Angeboten an die mit Nichteintretensentscheid weggewiesenen Asylsuchenden zurückhalten. Sie sind der Ansicht, sie hätten den Bund nicht zu entlasten, wenn er unmenschliche Restriktionen vornehme. Ruedi Illes vom Rechtsdienst der Caritas erklärt, das Hilfswerk komme nicht für Nahrung und Schlafgelegenheit der Betroffenen auf, ausser es erschiene jemand am Freitag nach Büroschluss, wenn er sich an

keine öffentliche Stelle mehr wenden könne. Caritas helfe aber, das Recht durchzusetzen, das Recht auf Nothilfe zum Beispiel.

In einem Merkblatt, das in den Empfangsstellen in zwölf Sprachen aufliegen sollte, heisst es: "Sie können Nothilfe bei jeder Sozialhilfestelle in der Schweiz persönlich beantragen." Aber weiter unten: "Sie müssen damit rechnen, in Haft genommen zu werden, sobald Sie sich an eine Behörde wenden." Unter den Asylsuchenden gibt es auch Analphabeten.

Bei der Sozialhilfe der Stadt Basel, Abteilung Asyl, wird erklärt, es habe sich bisher ein Mann aus Bangladesh mit einem Nichteintretensentscheid an sie gewandt. Er bekam einen Gutschein für eine Notschlafstelle und je zwölf Franken für sieben Tage Verpflegung. Eventuell werde man ihm weiterhelfen, wenn er nach einer Woche wieder komme. Beim Migrationsdienst (früher Fremdenpolizei) in Bern wurde ein Mann mit einem Nichteintretensentscheid in Ausschaffungshaft genommen. Und auf dem Migrationsamt des Kantons Zürich ist vom Abteilungschef Urs Schwarz zu erfahren, sie hätten es seit dem 1. April mit vier Weggewiesenen zu tun gehabt; zwei kamen von sich aus, zwei wurden von der Polizei aufgegriffen. Die neuen Haftgründe erlaubten es, zwei von ihnen in Ausschaffungshaft zu nehmen, einer wurde wegen "besonderer Umstände" wieder freigelassen und ist untergetaucht.

Seit dem 1. April bis Anfang Mai haben in der Schweiz 361 Personen einen Nichteintretensentscheid erhalten, von denen 53 schon vor diesem Datum eingereist waren. Die verschärften Bestimmungen haben bisher, so scheint es, nicht zu einer Verminderung der Zahl neuer Asylgesuche geführt. Bei Fremdenpolizeibehörden oder Migrationsämtern wird die Ansicht vertreten, sie, die Leute an der "Front", müssten nun auslöffeln, was ihnen der Bund eingebrockt habe. Hinter dessen Strategien wird ein grosses Fragezeichen gesetzt.